

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Für Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Sonnens- tag und Sonabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 7. Februar 1920

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeits- markt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgepalte- nte Zeile; Anzeigen- und alle sonstigen Reklame- anzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 16

Bekanntmachung

Wenige Tage nach Festschließung der seit 15. Dezember 1919 für Gehilfen und Hilfsarbeiter gültigen Teuerungszulage ist eine weitere Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise eingetreten, hervorgerufen durch eine Prämienszahlung, die den Landwirten für Ablieferung von Brotgetreide und Kartoffeln durch die Verordnung der Reichsregierung vom 18. Dezember 1919 zugestanden werden mußte.

Zu dieser neuen Verteuerung wichtigster Lebensmittel hat die Zentralarbeitsgemeinschaft, der auch die Reichsarbeitsgemeinschaft für das Papierfach angeschlossen ist, Stellung genommen, und es ist am 22. Januar 1920 beschlossen worden, daß diese Verteuerung auch von den Arbeitgebern des Papierfachs, rückwirkend ab 1. Januar 1920, getragen werden soll. Aber die Höhe der zu zahlenden Sonderzulage, die ganz unabhängig von tariflichen Zulagen zu zahlen ist, sollten sich die beiderseitigen Organisationen in den verschiedenen Gewerben verständigen.

Für das Buchdruckgewerbe hat das Tarifamt zu dieser Angelegenheit in seiner Sitzung vom 29. Januar Stellung genommen. In Anwesenheit und unter Zustimmung der Vertreter der Organisationen des Buchdruckgewerbes ist beschlossen worden, daß

jedem Gehilfen und Hilfsarbeiter eine weitere wöchentliche Zulage von 5 Mk., wenn verheiratet von 10 Mk. pro Woche, zu zahlen ist, rückwirkend ab 1. Januar d. J.

Auf eine vom Tarifausschuß später eventuell noch zu beschließende neue Teuerungszulage soll diese Sonderzulage Anrechnung finden.

Dieser Beschluß hat für alle Prinzipale, Gehilfen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, gleichviel, ob sie der Tarifgemeinschaft als Mitglieder angehören oder nicht, verbindliche Kraft.

Gleichzeitig hat das Tarifamt beschlossen, den Tarifausschuß in der letzten Februarwoche zu einer Beratung zusammen zu berufen. Die Tagesordnung wird noch bekanntgegeben.

Berlin, 29. Januar 1920.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Rudolf Ullstein, Prinzipalvorsitzender.

Robert Braun, Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Falsche und richtige Methoden

IX. Aus der Praxis der Buchdruckeropposition

Es kann gar nicht bestritten werden: der Jammer unserer Tage macht viele blind und taub gegen die gesunde Vernunft. Wir haben aber erst kürzlich wieder gesehen, daß daraus sich ja für einen jeden die Berechtigung zum Verrücktesten herleiten ließe, der nicht zu den Religionen der Kostenbarone, der Schwerinbustriellen oder sonst noch auf zum Schröpfen anderer geeigneten Industrien und Gewerbe sowie der mindestens ebenso tüchtigen groß-agrarischen Profitpatronen zählt. Alles, was nicht schwer reich ist, müßte dann eben durch das Elend seinen vor-schriftsmäßigen geistigen Kinackis haben. Man kann jedoch unter Menschen, denen es ganz miserabel ergeht, recht verständige Auffassungen hören, die gar nicht so regierungs-begehrter klingen. Andererseits leben diese geistigsten Na-turen in dem, wie U.S.P. und A.P.D. dem armen Volke mit Eisenbarikuren helfen wollen, nur noch größeres Un-heil kommen. Danton hatte ja schon eingesehen bei der französischen Revolution, daß das Abschlagen von Köpfen den Hungernden durchaus noch nicht Brot schafft. Sie vergißen deshalb darauf, den Hercharren der meistens allzu nachbefragungseifrigen Unzufriedenen noch zu vergrößern. Daraus erklärt sich auch, warum die beiden Linksparteien nebst ihren abstruierenden Einbauten wohl eine hohe An-hängerzahl haben — der bloßen Mitläufer sind es nament-lich viel —, aber auffallend wenig Köpfe besitzen.

Unre Oppositionellen würden deshalb gescheiter getan haben, von vornherein keine parteipolitische Flagge heraus-zustechen. In Leipzig ist jedoch, von Anfang an Wert darauf gelegt worden, als „U.S.P.—A.P.D.—Buchdrucker“ zu inserieren und dadurch dort angenehm aufzufallen, wo über Selbsterkenntnisfähigkeit sorgfältige Notierungen erfolgen. In Berlin ist man, wie immer, schlauer gewesen und meistens an „alle oppositionellen Buchdrucker“ einladend herangetreten. Das eine ist die Methode des geraden, das andre die des krummen Weges; tatsächlich muß man hier wie dort stramm an der parteipolitischen Kadavereinherkroffen, Kollegen, deren Blut infolge der Zelt-

ereignisse auch in oppositionelles Drachengestalt sich verwan-delte, die aber weder auf das eine wie auf das andre Parteimitgliedschwören können, hätten eigentlich „in diesen heiligen Hallen“ nichts zu suchen. Das mag eingesehen worden sein, und so wird in Leipzig seit Dezember etwa einer höheren Besucherzahl halber nur das Bekenntnis zur „Resolution Böttcher“ gefordert. Natürlich nach dem Grundsatze lauen Gewährenlassens: „Man so dhun“. Es sind ja auch mehr gekommen; wieviel Neugierige, wird sich an demnächst schwächerer Beteiligung zeigen. Daß diese Pseudooppositionäre auch bei der Einstimmigkeit einer höchstnützigen Resolution mitredeten, wenigstens sich neutral blieben, macht gar nichts aus. Die Versicherung: „In Leipzig schreiet die Opposition von Erfolg zu Erfolg“, wiegt dadurch doch kein Gran Wahrheit, es müßte denn eine Wortauswechslung mit „der Terror“ vorgenommen werden. Gingenen hat die fast auf den Tag zusammen-fallende, stark vermutlich von einem Buchdruckeroppo-sitionellen in der Berliner „Freiheit“ gemachte Be-merkung, daß die Opposition bei den Buchdruckern „einen außerordentlich schweren Stand“ habe, viel Tatsächliches für sich. Auch der bei dieser Gelegenheit noch zu vernehmen gewesene Stohlspeiser: „Unsre Genossen in der Opposition haben einen recht feintüchtigen Boden zu bearbeiten“, läßt Genugtuung aufkommen, daß gerade in Berlin mit seiner sehr großen und lebendigen Buchdrucker-schar die sogenannte Opposition gar nicht richtig Wurzeln fassen will. Wenn die „Freiheit“ sich damit kräftete, daß bei den Vorstandswahlen kürzlich in Berlin die Wirkung der neuen Teuerungszulage von 25 bis 28 Mk. sich un-günstig für die Opposition fühlbar gemacht habe, dann findet unreine einleitende Bemerkung von dem größeren Zu-lauf durch große Not und umgekehrt ja Bestätigung. Das ist für die Opposition aber nur beschämend, wird doch dadurch ausgedrückt, daß das Prinzip nichts ist bei der Buchdruckeropposition, die Ansammlung von Unzufrieden-heit jedoch alles.

Einen früher schon eingenommenen Standpunkt möchten wir jetzt nochmals hervorheben: Auch die S.P.D.-Fraktionen sind gar keine empfehlenswerten Einrichtungen in unserm

Verbande; mit solchen Kopierungen aus andern, weiter durchgehenden Werkschichten sollte man nicht kommen. Wenn es nach Lage der Dinge und durch Schuld unserer unter der Parteifuchtel stehenden „Buchdruckeropposition“ nun einmal in den größten Druckstädten leider nicht mehr ohne Gruppierung in Links und Rechts geht, dann ver-melde man wenigstens die parteipolitische Abstempelung. Ferner möge sich der rechte Flügel nicht vor eines würdigen Verhaltens im allgemeinen, sondern auch bedeutend größerer Regsamkeit als bisher befleißigen. Werden Terrorismus und Diktaturgefühle von der andern Seite in gefährlicher Weise bemerkbar, dann kann zur Not ohne jede Sentimentalität die Macht der Mehrheit in Anwendung gebracht werden, und wenn dann die Un-gebändigten einmal nicht anders als mit ihren eignen Waffen zu schlagen lind, dann nur rücksichtslos, damit für längere Zeit oder für immer klar Feld geschaffen ist. Im übrigen halte man darauf, immer ein besseres Beispiel zu geben, und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Er-ziehungsbildung, worüber in Nr. 8 (VI) einige wohlgemeinte Ausführungen gemacht wurden, in Versammlungen nicht etwa durch lärmende Ausfälle, Anbrüllen von Rednern mit andern Anschauungen und beleidigende Ausfälle gegen solche oder Funktionäre zu demonstrieren. Die Jugend kann durch derartige Praktiken nur zu leicht veräffelt werden. Kommt dann von der andern Seite der Ruf nach mehr gewerkschaftlicher Erziehung, so ist es ja nicht schwer, zu sagen, wer schon die Voraussetzungen dazu un-möglich macht. Daß das Zukunftsarbeiten mit Kollegat anderer politischer Bestimmung in Körperkassen und Anstalten eine Selbstverständlichkeit ist, wenn sie nach demokratischen Grundfäden dazu berufen werden, brauchen wir nur kurz anzuführen. Ebenso selbstverständlich ist aber auch, daß dies nur nach den von der Gesamtorganisation festgelegten Prinzipien geschehen kann; „hintenherum“ gibt es da nichts.

Die Generalversammlung in Leipzig wird ganz sicher zu unteruchen und zu befehlen haben, ob das Verbands-schiff nach einem andern Kurs zu steuern ist, wie es in Wür-zburg, Danzig, Hannover, Köln usw. bestimmt wurde, oder ob unter Ausnahme neuen Organisationsgutes auch noch andre Säten angelauten werden sollen. Dann wird die Opposition Bekenntnis zeigen müssen. Es kann nur nach einem Leipzig gehen! Ein B. d. D. S. mit einem U.S.P.—Leipzig und A.P.D.—Berlin zusammen gibt es für unsre Organisation auf keinen Fall. Wenn man in Dresden schon mit vier Kandidaten — wie bescheiden! — zur General-versammlung herausgerückt ist, so wünschen wir zunächst kräftigen Durchfall, machen aber in jedem Betracht darauf aufmerksam, daß es nach unserm Verbandsrat in Leipzig mit aller Zweibeutigkeit ein Ende haben muß.

Die Buchdruckeropposition, wie man sie nach den voraus-gegangenen Darlegungen (auch in voriger Nummer) zu verstehen hat, was noch oppositionelle Aufladerungen un-politischer Art als möglich annehmen läßt, ist in Berlin, Leipzig, Dresden, Halle a. d. S. und Plauen bemerkens-werter in die Erscheinung getreten, Hamburg folgt in weitem Abstande. Das revolutionäre Rätesystem im graphischen Gewerbe einzuführen, ist der andre Zweck der Abzug. Man macht aber lieber in Opposition bei den Buch-druckern, weil das näherliegender ist, unbehinderter er-folgen kann durch Ausschaltung anderer graphischer Gruppen und schließlich eher etwas erreichen läßt; lei es auch zum Schaden des Verbandes. Trotzdem ist das Ergebnis nach monatelanger Wühlerlei äußerst mager, in diesen schwer gedüngten Zeiten zumal.

Die Opposition in Berlin unternahm bei der Gau-vorstandswahl eine Kraftprobe. Sie glaubte im Jahre 1919 durch ihr Auftreten in den Buchdrucker-versammlungen das große Verbandsberlin genügend durchläutert zu haben. Da ihr auch geschickte Redner zur Verfügung stehen, die Politik „mit dem Kopfe durch die Wand“ nicht immer bei ihr Methode ist — die Aufnahme des Tarifausschuß-ergebnisses in der Dezember-Vertrauensmännerversammlung bewies das augenfällig — und ihre Manieren in den Ver-sammlungen sich meistens vornehmlich untereinander von denen der Opposition in Leipzig, so rechnete man mit

einer Stimmenzahl, die auch noch draußen hätte imponieren können. Eine „Ausräucherung“ der „Gewerkschaftsbureauren“ nach den Methoden im Metallarbeiterverband usw. war wohl kaum beabsichtigt; die Strafen hängen zu hoch. Da für sämtliche Posten oppositionelle Kandidaten aufgestellt wurden, so ist es interessant (siehe unter Berlin in Nr. 4), wie die für die Opposition abgegebenen Stimmen voneinander abwichen. Daß eine Gauvorstandswahl unter diesen Umständen sich zu einem Wahlkampf gestaltete, bei dem nicht Gedröngt wurde, ist un schwer einzusehen. Man mußte sich aber wundern, daß der Kollege K. W. Schmidt das Bedürfnis empfand, in Nr. 12 das Ergebnis für die Opposition durch eine Verächtigung zu verkleinern und anderseits durch wahren Glauben machen wollen, daß kein Engel so rein ist, nur zu befrägen, daß es bei dieser Wahl ausgegangen ist, wie ein richtiger Wahlkampf eben un schöne Wästen freibt. Dem Kollegen Gabben müßten wir über die von ihm fertigegebrachte Verdrehung einer Ausfassung unseres Kollegen Schaeffer gelegentlich des Brandenburgerischen Maschinenvertrags. Daß wir von der Veröffentlichung Abstand nahmen, soll bei dieser Gelegenheit nicht die Warnung ausschließen, in Verammlungen etwaige Ausprüche korrekt wiederzugeben. Es könnte sonst seine Einflüsse in unsere „Anlichtspokharrensammlung“ gesehen, die wir so nach Notwendigkeit einem größeren Publikum vorlegen werden. Die Berliner Opposition befindet in der Ungelegenheit der Zeitungsverbote zum großen Teil eine Auffassung über die Pressefreiheit, die keine sein würde. Am 3. Februar hat es in der Generalversammlung der Berliner Kollegen stürmische Szenen darüber gegeben, aber die Resolution des heb. heftig angegriffenen Hauptdiskussionsredners (Thomas), der mit der Opposition wie mit den Unabhängigen schwer ins Zeug ging, wurde doch mit großer Mehrheit angenom men. Nachdem ein paar Mal im Laufe des vergangenen Jahres die Mehrheit der Mitgliedschaft verlag hat, ist es zu einem energischen Aufrufen und selbstm Scharen um den in seiner Ausschreibung leuerenden Gau vorstand gekommen, so daß trotz aller Selbstkritik Berlin für die Buchdruckeropposition ein zweites Borsdorf bleiben wird.

In Dresden macht der Säupfling ein von Leipzig nach dort verpflanzter Kollege, der an der Woche früher schon schmerzlos brannte, in seinen Begriffen von Solidarität und Kollegialität aber hier kein Musterbeispiel gegeben hat, was wir ihm vor zwei Jahren oder länger einmal ins Gedächtnis zurückrufen mußten, als er unter Verletzung eines andern Kollegen dem „Korr.“ in der „Leipziger Volkszeitung“ ganz schmählich in den Rücken gefahren war. Wie dieser Mann von etwas weltlem Gewissen mit selbsteigelt den bereits über 25 Jahre das Gauvorsitzeramt bekleidenden Kollegen Wendische angeht, ist schon nicht mehr schön. Die Buchdruckeropposition in Dresden scheint vom Größenwahne befallen zu sein; zum Gewerkschaftscharakter und zu unker Generalversammlung mit eignen Kandidaten ansetzend, will sie auch an Stelle des heimgegangenen Kollegen Steinbrück einen der ihrigen zum Gauverwalter, also zum „Gewerkschaftsbureauren“ machen. Aber das brennende Verlangen, die „Gewerkschaftsbeurteilungen“ mit Beiseitigung folgeschlagen, d. h. sich an deren Stellen zu setzen, könnte auch aus andern Oppositionsherden manches Erbauliche mitgeteilt werden; über den Durchbruch dabei, weil geistige Klimperware noch keine Selbstläugung abgibt, nicht minder, und das sogar bei Bourgeois der eignen politischen Richtung!

Wie in Halle a. d. S. sich in einzelnen das Verhältniß gestaltet, ist uns nicht bekannt. Wir wissen aber, daß auf den Gauvorsitzer König sich die Anarisse konzentrieren, weil er unerträglich die oppositionellen Kollegen durchdringt und ihnen rücksichtslos zeigt, was und wer eigentlich hinter ihnen steht. In den letzten paar Wochen wurde Kollege König in Leipzig folgelastig, die Opposition in Halle folgte ihm zur Strecke gebracht haben. Natürlich war auch hierorts der Wunsch dabei der Vater des Gedankens. Kollege König kam weder von Halle gewählt noch abgelegt werden; er wird hoffentlich noch recht lange für den Saalegau wirken und seinen Widersachern einle helsen können.

In Mainz i. B. ist die Buchdruckeropposition vollständig abhängig von dem unabhängigen Parteiblatte dort. Solches Mitläufern kann bei Denkhäuten oder Walpen möglich sein. Auf einen heftigen Geniestreich kommen wir noch in einem andern Zusammenhange zu sprechen; es hat in Mainz schon lange verschulpi, daß wir darüber noch geschwiegen haben. Manche Leute können es gar nicht erwarten, bis ihre Blamage auch gedruckt hinausgegangen ist.

Es soll gern anerkannt werden, daß eine ganze Anzahl von unabhängigen oder kommunistischen Blättern unterläßt, die Kreise der Buchdrucker zu führen oder in den eignen Druckereten durchdrücken zu lassen, wie untre Kollegen dort sich wohlgefallen machen könnten. Wir kennen Parteidruckereten dieser Art, wo nur ganz wenige Kollegen herab bis zum Einzelnen unabhängig usw. geminnt sind. Wo diese (selbstverwirklichte) Reflexe beobachtet

wird, ist auch die Geschlossenheit der Buchdrucker unbeeinträchtigt. Andernfalls ist der Zusammenhang meistens durchaus klar.

Aber die Glaubensbekenntnisse der Buchdruckeropposition zu den Evangelien von UGP und APD, oder den „modernen“ gewerkschaftlichen Prinzipien wird noch einiges Interessante zu sagen sein, ebenso über Leipzig als Zentrale der Opposition neuzeitlicher Aufmachung.

Weiteres zu den Zeitungsverboten

II.

„Blinde Konjunktur“ überschrieben wir einen Artikel in Nr. 65 v. J., der den in Berlin und in München Regierenden auseinandersetzt, daß sie mitunter für die Volksstimmung einen gar zu schlechten Führer haben, ja manchmal sogar noch schlechter als in wilhelminischen Regierungszeiten. Einfreudig wurde im „Korr.“ auch genug gesagt, daß die heulige Regiererei durchaus nicht immer eine heilsbringende Menge lindert, obwohl auch die Koalitionsregierungen mindestens zur Hälfte aus Sozialdemokraten der älteren Richtung bestanden. Wo die längere vor herrschend am Ruder ist, was nur in Gotha und in Reuß der Fall sein dürfte, da ist die Besetzung im Volk auch nicht groß. Das bezeugt schon, die Kritik nicht zum Prinzip zu machen und Opposition nicht um der Opposition wegen zu treiben. Die Zellen, wo das nicht so unrichtig war, was die Unabhängigen und die Kommunisten heute trotz aller Spaltungen als solchen Selbstzweck treiben und dadurch in scharfer Konkurrenz mit den reaktionären Nationalisten und den wieder ebenso üppig werdenden Großkapitalisten stehen, sind vorüber. Den Weltkrieg dieser verblinden Anstalten darf kein Mensch mitmachen, wenn es nicht seine Absicht ist, unser armes Volk immer mehr zu quälen und untre Lage immer noch schlechter werden zu lassen. Aber den Regierungen gehört ungeschminkt erklärt, wenn und wozu sie falsch handeln, und es muß verlangt werden von ihnen, daß sie dann den Willen des Volkes respektieren. Blinde Konjunktur haben sich jetzt wieder in München und in Berlin produziert und viel Schaden damit angerichtet. In Bayern durch die Bognablung des Eisner-Mörders zu milder lebenslänglicher Festungshaft, in Berlin soeben durch die Verurteilung von dem Liebknecht-Mörder Runge, der nach einer ersten Meldung sogar schon wieder frei herumlaufen sollte. In der Reichshauptstadt ferner durch das Beharren in der Zeitungsverboterei nach nicht dagewesener Umfassung über Nord- und über Westdeutschland. In München hat die mehrheitssozialistische „Münchener Post“ die eigene Regierung wegen der Ueberschüsse angegriffen und der Reichsregierung über die amtsliche Verteidigung der Presseverbote im „Vorwärts“ bedeutet, daß seien „Gedankengänge, die man von Dreibrigade staale her kennt“. Der „Vorwärts“ aber hat in der ganzen Angelegenheit verlag, ist ganz und gar Regierungsorgan gewesen und ließ die Meinung auch un wandelbarer Mehrheitssozialisten zu sehr aus seinem Ermögungskreise heraus. Auch er gehört zu den blinden Konjunktur und macht den „Kosmos“ erst zu dem, was er nicht sein soll. Das Ganze ist fürwahr von nicht erhebendem Einbruch, zumal wenn man an die vielfach gezeigte Schwäche und Nachlässigkeit der Regierung denkt den Desperados von rechts gegenüber einschließend der schwerindustriellen Erzeuger am Volkskörper.

In der vorigen Nummer haben wir eine Zusammenstellung der Proteste aus Buchdruckerorganisationen gebracht. Die Regierung wird wohl so viel Einsicht besitzen, nicht alles in den Wind zu schlagen! In Berlin ist am 3. Februar eine neue Stellungnahme der Buchdrucker erfolgt, und zwar in der Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter. Ihr Verlauf war förmlich, mit großer Mehrheit gelangte aber doch noch folgende Resolution zur Annahme: „Die Generalversammlung stellt sich prinzipiell auf den Boden vollster Pressefreiheit und bedauert daher die aus Anlaß der Vorgänge vom 13. Januar erlassenen Zeitungsverbote. Sie erkennt jedoch die schwierige Lage der Regierung an, die ohne Rücksicht auf irgendwelche Widerstände von Interessengruppen, die sich mit dem Gemeinwohl in Widerspruch setzen, für eine Wiedereingebung des Wirklichlebens zu sorgen hat. Es wird jedoch gefordert, daß sofort Vorkehrungen getroffen werden, die jede Willkür bei Presseverboten ausschließen. In übrigen wird als Selbstverständlichkeit ausgesprochen, daß die Pressefreiheit ebenso wie die Freiheit der Person da ihre Grenze hat, wo es um die Existenz des ganzen Volkes geht.“ Was deckt sich mit unserm wiederholt behaupteten Standpunkt.

Aber neuere Ergebnisse der Vorkommnisse von Buchdruckerseite oder von andern Stellen kann Wesentliches auch heute noch nicht berichtet werden. Wie Kollege Mallini in jener Versammlung mitteilte, hätte der Reichshaus der Widerverleihen der „Leipziger Volkszeitung“ als bevorstehend bezeichnet. Der Schwerpunkt liegt darin, daß die Bergarbeiter und die Eisenbahner durch Druckorganisationsfortschritt zur Arbeitslosenstellung aufgefordert würden. Wenn darin die großen Gefahren bestanden wären, sollen die Ausnahmemaßregeln logisch fallen. Wir wollen auch anführen, daß die Reichsregierung schon im ersten Stadium der Verbote von sich aus erklärt hat, die benachteiligten Buchdrucker müßten aus Regierungsmitteln entschädigt werden.

Vom „Kriegsbeschaffungsplan“ ist zu berichten, daß die heulige „volksparteiliche“ „Vorkundener Zeitung“ bis auf weiteres verboten, das „Kaisliche Volksblatt“ einstellten

ohne Textteil wieder erlaubt ist, die „Freiheit“ in Königsberg aber neu verboten wurde, und zwar gleich auf vier Wochen.

Wir glauben ausprechen zu können, daß die von der Regierung gezeigte Stärke eigentlich Schwäche ist. Die verbieten Blätter können sich nicht als gleich schwer gegen die öffentliche Sicherheit vergangen haben. Das Weitererscheinen einer Anzahl von unabhängigen und kommunistischen Zeitungen zeigt schon, daß es doch anders geht. Man mache also endlich schickungstunlich Schluß mit den Zeitungsverboten und beachte, was der kluge rechtsstehende Staatsrat in der „Weltbühne“ über die gewiß nicht gewollten Wirkungen der Massenverleihen bei den Unabhängigen untereinander sagt.

Wohnungsfragen

Einführung von Höchstmieten in Preußen

Mit einem nachahmenswerten Beispiel ist man in Preußen hervorgetreten und hat dadurch den Wünschen der Mieter bis zu einem gewissen Grade Rechnung getragen. Eine Verordnung des Wohlfahrtsministeriums vom 9. Dezember 1919, die mit dem Tag ihrer Veröffentlichung, dem 17. Dezember 1919, in Kraft getreten ist, besagt, daß die Gemeindevorstände verpflichtet sind, im Einverständnis mit den Vorständen der Mietleistungsbüros innerhalb vier Wochen eine Höchstgrenze für Mietzinserhöhungen festzusetzen, und zwar nach Anhörung eines von den Stadtvorstandsvorstellungen eingesetzten Ausschusses, der zur Hälfte aus Hausbesitzern und zur Hälfte aus Mietern bestehen soll. Auf die Grundmiete — als solche wird der Mietpreis vom 1. Juli 1914 angesehen — können die Vermieter einen prozentualen Aufschlag legen, der jedoch im allgemeinen nicht mehr als 15—20 Proz. betragen darf. Alle Mieten, die diese Höchstgrenze überschreiten, müssen herabgesetzt werden. Falls der Mieter von der Höhe der Grundmiete, also derjenigen, die am 1. Juli 1914 bezahlt wurde, keine Kenntnis hat, ist der Vermieter verpflichtet, dem Mieter wahrheitsgemäß Auskunft zu geben.

In der Verordnung wird ferner bestimmt, daß als Mietzins auch jede geldwerte Leistung des Mieters an den Vermieter in Betracht kommt. Dadurch wird verhindert, daß der Mieter z. B. Reparaturkosten bezahlt, deren Befreiung dem Hausbesitzer obliegt. Auch durch Verträge darf der Mieter nicht zu Leistungen verpflichtet werden, die dem Hauswirte zukommen. Andernfalls ist der erstere berechtigt, den Betrag von der Miete in Abzug zu bringen.

Die Verordnung gilt allerdings nicht für Neubauten, die nach dem 1. Januar 1917, also mit stark verweirtem Baumaterial usw. erbaut worden sind. Sie nimmt auch keine Rücksicht auf die Hausbesitzer insofern, als z. B. der vorstehend erwähnte Mietzins als Grundmiete angenommen werden kann, wenn der Vermieter nachzuweisen in der Lage ist, daß die in Betracht kommende Wohnung am 1. Juli 1914 außerordentlich billig war.

Ist diese Verordnung nun auch nicht dazu angehen, in bezug auf die Regelung von Mietfragen volle Befriedigung bei den Mietern auszulösen, so kann man immerhin von einem wesentlichen sozialen Fortschritt reden, der diesmal ausnahmsweise aus Preußen kommt und den die übrigen Staaten wohlwollend recht bald nachahmen werden. Da die Gemeinden einen nennenswerten Einfluß auf die Festsetzung der Höchstmieten haben, so muß vor allen Dingen danach gestrebt werden, daß die Mieter ihrerseits wieder den notwendigen Einfluß auf die Gemeindevorstände ausüben, um Verhütung der Hausbesitzer zu vereiteln, den prozentualen Aufschlag auf die Grundmieten möglichst hoch festzusetzen. In Berlin haben die Hausbesitzer eine Protestbewegung gegen diese Verordnung entfaltet.

In Berlin ist die Höchstgrenze für Mietzins festgelegt worden bereits festgelegt, und zwar wird ein Aufschlag von 20 Proz. zur Miete des Jahres 1914 gefordert. Für Garbelräume, Geschäfte- und Industriegebäude wurde jedoch ein doppelt so hoher Aufschlag, demnach 40 Proz., als Höchstgrenze festgelegt. Die Mieter sollen jedoch zu den Kosten der Instandsetzungsarbeiten sowohl am Hause wie in den Wohnungen herangezogen werden können; zu diesem Zweck ist es dem Vermieter gestattet, einen Reparaturaufschlag von 15 Proz. und bei Mieträumen mit Sammelheizung einen solchen von 20 Proz. der Miete von 1914 vom Mieter zu verlangen. Kommt der Vermieter seinen Verpflichtungen in bezug auf die Instandsetzung nicht nach, so kann der Sonderaufschlag von Mieter ganz oder teilweise zurückgefordert werden. Der in Betracht kommende Aufschlag des Wohnungsverbandes Groß-Berlin steht außerdem für Häuser mit Sammelheizung die Befreiung von Mietrauschaffen, bestehend aus ein bis drei Personen, vor, denen der Einkauf, die Lagerung und Verwendung der Heizstoffe übertragen werden soll.

Ein neues Reichsverordnung zur Wohnungsfrage

Unter dem 9. Dezember 1919 hat der Reichsarbeitsminister eine Verordnung erlassen, welche die Befugnisse der Landesverwaltungsbehörden auf dem Gebiete der Wohnungsfrage erweitert. Danach sind die Landesverwaltungsbehörden verpflichtet, für die Bezirke, in denen ein dringendes Bedürfnis nach Klein- und Mittelwohnungen besteht, Bezirkswohnungsämter zu bestellen, denen die Förderung der Herstellung von Klein- und Mittelwohnungen obliegt. In diesem Zwecke können die Kommunalverwaltungen gegen angemessene Entschädigung mit einem Erbaurecht kann ausgesprochen oder eine Zwangs-

paßung für die Dauer bis zu 30 Jahren gegen Zahlung eines jährlichen Pachtzinses ausgesprochen werden. Zwecks Durchführung der Bauten sind dem Bezirkswohnungskommissionar weitgehende Befugnisse erteilt; u. a. hat er das Recht, in seinem Bezirke geeignete Werke, die Baumaterialien oder Bauteile herzustellen, zwangsweise zur Herstellung derselben zu veranlassen, auch Holzbestände aus Forsten zu enteignen. Er hat auch das Recht, Lugsbauten zu verbieten sowie die Verwendung bestimmter Baustoffe von seiner Genehmigung abhängig zu machen. rk.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Duisburg. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die am 1. Januar bei spärlichem Besuche stattfand, nahm den Bericht von der Gau- und Bezirksvorsteherkonferenz sowie von der Tarifaustauschübung entgegen. Unter „Geschäftlichem“ wurden für unsere mitgliedernden deutsch-österreichischen Stammesgenossen 200 Mk. aus der Ortskasse bewilligt. Einstimmig angenommen wurde eine Resolution, die sich scharf gegen die Verschärfung des Betriebsratsgesetzes ausspricht. Zum zweiten Punkte wurde Stellung zur Beitragserhöhung genommen und nach kurzer Debatte dem Vorschlage des Vorstandes zugestimmt, den Beitrag auf 3 Mk. zu erhöhen. Vorsteher Palochi erstattete sodann Bericht von der Gau- und Bezirksvorsteherkonferenz und den Tarifaustauschverhandlungen. Die Diskussionsredner waren in Anbetracht der jetzt wieder eintretenden Preissteigerung vieler Lebensmittel und Bedarfsartikel der Ansicht, daß die Beitragsdauer bis Ende März zu lang sei. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde erklärt, daß die Kollegen von Duisburg sich trotz des unbefriedigenden Ergebnisses auf den Boden der Beschlüsse des Tarifaustausches stellen. Sie fordern ferner eine kurzfristige Festlegung der Abmachungen. Den Gehilfenvertretern sprach die Versammlung für die gehabte Mühe und Arbeit ihren Dank aus. — Am 28. Dezember beging unser Ortsverein im großen „Bürgercafé“ sein 53. Stiftungsfest. Die Festkommission hatte ein ausserordentliches Programm aufgestellt, das wohl alle Besucher zufriedengestellt haben wird. Frau Germer sprach eingangs einen von ihrem Gatten, Kollegen Karl Germer, verfaßten Prolog, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Durch eine ehrende Ansprache seitens unseres Vorstehenden Palochi wurde die 25jährige Verbandzugehörigkeit unseres Kollegen Rudolf Bräumer gefeiert.

W. Frankfurt a. M. (Maschinenmeisterverein Frankfurt a. M.-Ostendebach. — Halbjahrsbericht.) Nachdem auch unsere Kriegesgefangenen Kollegen zum größten Teil wieder zurückgekehrt, beginnt sich auch hier an Ort und Stelle das Vereinsleben wieder reger zu entwickeln. Hauptächlich die jüngere Kollegenchaft sowie die Neuzugeworbenen, die während der langen Kriegsdauer in ihrer Ausbildung sehr vernachlässigt wurden, sind sich des Ernstes der Lage bewußt, da heute hohe Anforderungen an jeden einzelnen gestellt werden, und suchen somit Anschluss an ihre Spartenkollegen. Was beweisen auch die in letzter Zeit stattgehabten Versammlungen, deren Besuch ein guter war. Wir hoffen aber auch, daß sich unsere öffentlichen Druckerkollegen endlich aufrufen und sich ihrer Sparte anschließen, damit wir in Zukunft ein geschlossenes Ganzes repräsentieren. Vorträge fanden drei statt, und zwar referierte unser Bezirksvorsteher Nepecks über „Selbstdruckerei und Kriegesgefangenen“; Kollege Hofmann (Ostendebach) über „Illustrations- und Drosselarbeiten“ sowie Kollege Köhlich über „Humor in Wort und Bild“. Zwei Besichtigungen fanden statt, und zwar bei Oster & Münch die Flachdruckerei „Saurka“ und die Wägenwerkstatt für Maschinenbau und Schiffsbauerei in Ostendebach. Manches Interessante gab es zu sehen, und mit der Befriedigung, sein Wissen ein Teil bereichert zu haben, trennte sich die Kollegenchaft. Am speziell den jüngeren Nachwuchs weiter auszubilden, leitete die Technische Kommission für die Wintermonate unter teilweise sehr erschwerenden Umständen einen Juridiskursus ein. Speziell in Bereitstellung von Maschinen waren von der Prinzipalsseite derartige Schwierigkeiten zu überwinden, daß man schon mit dem Scheitern des Kurses rechnete. Da von Prinzipalsseite stets Klagen kommen über ungenügende Leistungen der Gehilfen, ist ihr Verhalten in diesem Falle desto befremdlicher, da auch der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins unserm Vorhaben unsympathisch gegenüber stand. Nach nochmaligen Verhandeln mit einigen Prinzipalen stellten uns in lebenswichtigster Weise die Firmen „Aniendruckerei“, Oster & Münch, Frankfurter Druckereigesellschaft und Wälten & Co. an. In zwei Sonntagvormittagen lie eine Maschine zur Verfügung. Somit war es möglich, durch praktische Arbeit den Aufbau einer einheitlichen Zureichemethode den Kollegen beizubringen. Der Besuch war ein guter und die Technische Kommission glaubt manchem Kollegen wünschenswerte Fingerzeige gegeben zu haben. Das zu benötigende Papier hierzu stellte uns die Papierhandlung von Münch & Täger zur Verfügung. Dabei auch allen Firmen, die uns bereitwillig unterstützten, sowie den Referenten an dieser Stelle unsern besten Dank. Ist der Kursus auch beendigt, so liegt doch noch eine ungeheure Arbeit vor, dieselbe kann jedoch nur zum erwünschten Ziele führen, wenn sämtliche Kollegen mitarbeiten. Stillstand ist Rückschritt. Darum, Frankfurter Maschinenmeister, hinein in die Versammlungen und mitgearbeitet zum Wohle des Berufs und eurer Existenz. — Die Notationsmaschinenmeister Frankfurts fanden sich zu drei Versammlungen im Jahre 1919 zusammen, teils zur Vertretung ihrer Sonderinter-

essen, teils zu Vorträgen. Die erste fand am 6. April statt, in welcher der erste Vorsitzende Kollege Steiner über „Die Verwendung von Kriegesprodukten und ihre Schwierigkeiten“ referierte. Die zweite am 29. September befaßte sich mit gewerkschaftlichen und technischen Fragen „Papieraufzug und Maschinen“. In der letzten Versammlung beehrte uns Herr Dr. Faber von der Farbenfabrik Gebrüder Schmidt (Frankfurt a. M.) mit einem Vortrag über „Die Herstellung der Färbungsstoffe im Kriege“. Es sei auch an dieser Stelle dem Vortragenden nochmals gedankt.

— **rtz. Kassel.** Die Bezirksversammlung am 4. Januar ehrte zunächst das Andenken eines vorverstorbenen Kollegen. Vorstehender Kreis gedachte hierauf der Verdienste des Kollegen Gipp, der auf eine 25jährige Verbandzugehörigkeit zurückblicken kann. Wo es galt, die Interessen des Verbandes zu vertreten, fand man den Jubilar stets am Platze. Ein Vorbild von andern Kollegen! Nach Erledigung einiger geschäftlicher Sachen nahm die Versammlung Stellung zu dem Resultat der letzten Tarifaustauschübung. Allgemein anerkannt wurde die Schwierigkeiten, denen unsere Gehilfenvertreter gegenüberstanden. Das geringe Entgegenkommen der Prinzipale sei entschieden zu verurteilen, insbesondere ihre scharf abnehmende Haltung gegenüber der Wirtschaftsbefähigung. Ausdrücklich wurde festgesetzt, daß durch die neuerliche Verleugung alles Lebensnotwendigen die Zulage bereits wieder illusorisch sei. So können nicht weitergehen, die Steigerung der Löhne sei ungebührend. Die Gewerkschaften müßten versuchen, im Vereine mit der Regierung Mittel und Wege zu finden, der endlosen Preistreibererei Halt zu gebieten, etwa in der Weise, daß die Unternehmer nicht mehr wie bisher bei jeder Lohnzulage noch einen Extraprofit für sich heraus schlagen. Die Versammlung war davon überzeugt, daß die Zeitungsverleger durch die Macht ihrer Presse sehr viel hierzu beitragen könnten; das wäre volkswirtschaftlich wertvoller als das althergebrachte über die „hohen Löhne“. So lange von dieser Seite aus nichts Derartiges geschieht, könne man die Klagen über die große Bekalung des Buchdruckerberufes nicht ernst nehmen. Wenn die Absicht der Unternehmer, die Weltmarktpreise in Deutschland zur Geltung zu bringen, mehr und mehr verwirklicht werde, dann müßte die Gesamtarbeiterchaft dafür einstehen, auch die Löhne auf das Weltmarktniveau zu bringen. Die Versammlung beschloß sich dann noch mit verschiedenen Anträgen zur Generalsammlung des Verbandes, die in der Hauptsache größeres Mitbestimmungsrecht in organisatorischen und hauptsächlich tariflichen Fragen forderten. Die Anträge wurden einstimmig dem Verbandsvorstand überwiesen. — Am 28. Dezember befaßte sich eine von dem neugegründeten Ortschaftlichen Kartell einberufene Professeerversammlung mit der beabsichtigten Verschärfung des Betriebsratsgesetzes speziell für das graphische Gewerbe.

□ □ □ Rundschau □ □ □

Eugen Schorch tot! Einer der besten und kampferprobtesten Kollegen des Gaues Rheinland-Westfalen hat, fast 72 Jahre alt, nach kurzem, schwerem Krankenlager am 1. Februar in Essen (Ruhr) das Zeitliche gesegnet. Trauernd steht die Kollegenchaft an der Bahre dieses wackeren Mannes, der lange Jahre hindurch sein reiches Wissen und seine vielseitigen Erfahrungen in den Dienst unserer Organisation stellte. In den verschiedensten Vertrauensämtern vertrat Eugen Schorch speziell die Interessen seiner Essener Kollegen. Auch im öffentlichen Leben war er hervorragend tätig. Als Redakteur des „Beobachter“ hat er manchen harten Strauß mit den schwerindustriellen Gegnern der Arbeiterbewegung ausgefochten, und als Geschäftsführer der ehemaligen Gaudruckerei, deren nomineller Inhaber er zuletzt war, erwies er sich als kluger Berater seiner Kollegen. Im Jahre 1891, zur Zeit des Neunstundenkampfes, ging Kollege Schorch im Auftrage des Verbandsvorstandes nach Amerika, dessen Verhältnisse er aus eigener Anschauung von früher her kannte, um für den schweren Neunstundenkampf der deutschen Buchdrucker Verständnis zu wecken und für materielle Unterstützung zu sorgen. Auf zahlreichen Generalversammlungen des Verbandes gehörte Eugen Schorch zu den markantesten Vertretern. Als temperamentvoller Redner hatte der Alte im langwallenden Barte stets das Ohr des Hauses. Immer waren es anseuernde Worte zu fernem Wirken, verbunden mit der Mahnung, gefreudlich zusammenzutreten, die Zeit zu nützen und zu rufen, die er an unser Berufsparlament richtete. Nun ist der begeisterte Mitkämpfer für die Verbandsinteressen dahin. Mit seiner Familie trauern die deutschen Buchdrucker um den Toten, dem sie vieles verdanken. Namentlich die rheinisch-westfälische Kollegenchaft blühte zu Eugen Schorch als leuchtendes Vorbild auf, was ein uns aus Duisburg zugegangener postischer Abschiedsgruß beweist, in dem es u. a. heißt: „Wir können es noch nicht erlassen, daß er, der Treue, uns verlassen. — Wir sind des Vaters nun beraubt. — Den Dank, den wir im Herzen tragen — Er ihn, läßt uns die Worte sagen: „Wir haben stets an dich geglaubt!“

Nachahmensverbot. M. Mätkers Buchdruckerat in Annaberg (Sachsen) zahlte den erst ein bis drei Monate beschäftigten Gehilfen 8 bis 30 Mk. extra aus.

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. Als Schöffen am Amtsgerichte Nürnberg wurden für das Jahr 1920 die Kollegen Georg Hofmann und Johannes Kaufmann ausgelost, während die Kollegen Jakob Hausner und Gustav Belkowitz als Schöffen beim Wuchergesicht am Landgerichte Nürnberg tätig sein werden.

Aufgehobene Falschgeldbruckerel. In Frankfurt a. M. übernahm die Kriminalpolizei in der Wohnung eines früheren Bauunternehmers Grimm eine Falschmünzbruckerel, als sie auf drei Druckpressen falsche Fünfguldenstücke herzustellen versuchte. Große Mengen falscher Scheine, Papierreste und Schmelzen wurden beschlagnahmt. Zuerst Grimm wurden der Buchdrucker Ludwig Pohl und der Lithograf Heinrich Feder verhaftet. Erinnert wurde eine Anzahl Scheine verschwiegen, wurde aber daran verhindert.

Bezahlung städtischer Bekannmachungen. Der „Brieger Zeitung“ bewilligten die Stadterordneten sofort 5000 Mk. als Pauschalsumme. — In Queblitzburg werden die amtlichen Bekannmachungen nun mit 50 Proz. Nachzahlung vom Zellenpreise bezahlt. Die Stadt wird dadurch anstatt 4500 Mk. künftig 20000 Mk. Ausgaben im Jahre haben. — Von 20 auf 35 Pf. wurde in Harburg der Zellenpreis für die städtischen Anzeigen erhöht.

Papiergeldfälscher. Der Buchhändler und Buchdrucker Heinrich Kufhohn aus Münster wurde in seiner Kolmarer Bucherei mit einem gewissen Emil Müller aus Strahburg von der Polizei bei der Herstellung falscher Fünfguldenstücke überführt. Zwei Banknoten befanden sich gerade in der Presse, die druckerfertig vorgelesen wurde. In einem Schranke wurden über 75000 teilweise ausgedruckte Scheine vorgefunden.

Offene Stellen für geschulte Gewerkschafter. Das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ bringt in jeder Nummer offene Stellen zur Ausschreibung, für deren Besetzung in erster Linie auf beschäftigte Gewerkschafter rekrutiert wird. Wir haben bisher nur von ausgeschriebenene Gewerkschaftssekretärstellen unsere Lesern Kenntnis in der Annahme, daß manchem Kollegen damit gedient sein könnte. Tatsächlich haben sich ja auch dafür geeignete Berufsgenossen um solche Stellen — zum Teil mit Erfolg — beworben, und zahlreiche Arbeitersekretäre usw. sind aus den Reihen der Buchdrucker hervorgegangen. Neuerdings mehrten sich jedoch die im „Korrespondenzblatt“ ausgeschriebenen Stellen, und infolge der sich seit der Revolution vollziehenden staatlichen Umgestaltung welen diese eine derartige Vielgestaltigkeit auf, daß wir künftig unter einer erweiterten Rubrik davon Notiz nehmen werden. In den Anz. 4 und 5 werden gesucht: ein Bezirkssekretär für das Bezirkssekretariat in Merseburg. Der Betreffende muß mit der Sozialgesetzgebung vertraut sein, auch muß er die Verleistungen vor dem Oberverwaltungsamt übernehmen und die sonstigen Arbeiten eines Arbeitersekretärs verrichten können. Respektiert wird auf eine tüchtige Kraft, keine Anfänger. Bewerbungen bis zum 1. März an Paul Gröbel, Halle a. d. S., Burg 42/44, unter Angabe der Gehaltsansprüche. — Der Verband des deutschen Verkehrrspersonals, Gau Westfalen, sucht zu sofortigem Eintritt einen tüchtigen Sekretär. Bewerber, die über ausreichende Kenntnisse auf dem Gebiete des Arbeiterrechts, der Arbeiterkassenabrechnung verfügen, mit der freigewerkschaftlichen Beamten- und Arbeiterbewegung vertraut, redselig und schriftgewandt sind, werden ersucht, ihre Bewerbungen unter Angabe früherer Tätigkeiten einzureichen an die Gauleitung des Verbandes in Stuttgart, Friedrichstraße 9A. — Die Stelle des Verwalters des Arbeitsnachweises in Sommerfeld (Niedersachsen) ist sofort zu besetzen. Das Grundgehalt beträgt jährlich 1800 Mk. und steigt von drei zu drei Jahren um je 300 Mk. bis 3600 Mk. Daneben wird ein Wohnungsgeld von jährlich 450 Mk., für Ledige von 300 Mk. gewährt. Feuerungszulagen nach staatlichen Grundätzen. Geeignete Bewerber, die Erfahrungen und Geschäftsfähigkeit auf dem zu bearbeitenden Gebiete nachzuweisen vermögen, wollen Lebenslauf und beglaubigte Zeugnisabschriften bald an den Magistrat einreichen. — Die Stadt Cassel a. d. S. will eine Rechtsauskunftsstelle einrichten, in die zugleich die bisher gewerkschaftliche Rechtsauskunftsstelle übergeben soll. Geeignete, auch in der Behandlung von Streitigkeiten aus dem Arbeits- und Gewerbetriebe durch Vorbildung und Beruf bewanderte Bewerber wollen sich bis zum 15. Februar beim Magistrat schriftlich melden. Zeugnisse sowie Angaben über Lebenslauf und Vermögensverhältnisse sind beizufügen. Nach halbjähriger Probezeit feste Anstellung. — In Forst (Sachsen) ist möglichst umgehend die Stelle des Leiters des städtischen Arbeitsnachweises zu besetzen. Bewerber, die sich bereits in ähnlichen Stellen befunden haben oder die in der Gewerkschaftsbewegung vorgebildet sind, werden ersucht, ihre Bewerbung unter Beifügung eines Lebenslaufes, beglaubigter Zeugnisabschriften und unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche bis 14. Februar an den Magistrat einzureichen.

Bergarbeiterfürsorge. In den mancherlei Vorzügen, die die Bergarbeiter gegenüber andern Arbeiterkategorien genießen, tritt ein weiterer. Der dringende Bedarf der Bergarbeiter an Schutzwert hat den Reichswirtschaftsminister dazu veranlaßt, entgegen dem grundsätzlichen Verbote der Einfuhr von Fertigwaren, den Import von 50000 Paar getragenen, aber vollständig wieder aufgearbeiteten und gebrauchsfähigen Militärstiefeln durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu genehmigen. Das Schutzwert, das unter den heutigen Anlauf- und Marktwertverhältnissen nur außerordentlich schwer zu beschaffen ist, wurde durch schwedische Vermittlung erworben und soll den Bergarbeitern zu einem verhältnismäßig billigen Preise zur Verfügung gestellt werden.

Literarisches

Das Buchdruckerkonkor. Das ist der Haupttitel eines Handbuchs für Buchdrucker zur Erläuterung in der geschäftlichen Organisation...

Verbandsnachrichten

Gau Frankfurt-Selzen. Der Gau tag findet in diesem Jahr am 4. und 5. April (Ostern) in Frankfurt a. M. statt. Anträge dazu sind bis spätestens den 7. März...

Trauung. Kaffierer: André Egger, Taubensmarkt 9. Trebbin (Kr. Teltow). Vorsitzender: Fritz Fleißchmann...

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse: Im Gau Westfalenberg der Schwelmerberge Emil Sartmann...

Veranstaltungskalender

Breslau. Außerordentliche Generalversammlung, Dienstag, den 10. Februar, im „Gewerkschaftshaus“...

Tarifausschuss der Deutschen Buchdrucker

Zur Deduktion der Gehilfenliste für die tariflichen Einrichtungen des Kreises III für das Geschäftsjahr 1919...

Briefkasten

2. 11: 1. Eine endgültige Regelung des Hilfsarbeiterlohns ist noch nicht erfolgt. 2. Die Adresse des Casselers lautet: F. Behrendt...

Adressenveränderungen

Ahrweiler. Vorsitzender: Willi Kehler, Alsterdammstraße 33. Aufschaffenburg. Vorsitzender: Erich Becker, Würzburger Straße 48...

Berein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen

Wienstag, den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr, im „Volkshaus“. Gaumitgliederversammlung...

Tüchtiger Schriftsetzer welcher auch im Maschinenfach (Typograph) bewandert ist...

Nach Magdeburg oder Umgebung wünscht sich in allen Sphären erfahrener Geher...

Lithotypsetzer verb., 6jähr. Vollpraxis, wochl. Maschinenhemmer...

Maschinenmeister sucht in angesehener Stelle für Magdeburg, Papierlager oder Kontor...

Jüngerer, fleißiger Schweizerdegen in ungehindriger Stellung...

Sandpressendrucker 35 Jahre alt, ledig (geleiteter Buchdrucker)...

Ich suche zum 1. März in stillerer od. größerer Werkdruckerstellung als Stereotypur...

Seitene: Kriegszeitungen Kriegsgefangenenzeitungen Fliegerabwürfe usw.

Graphische Fachklassen Entwurf und Werkstatt-Ausbildung...

Maschinenband Friedensqualität, liefern Begner & Wolf...

Neuzeitliche Ausmischung der Buchdruckpreise Ein Vorschlag zur Umformung der bisherigen...

Wie soll ich zurichten? „Die Zeitungen, Ausgaben der Zeitung in allen Druckarten auf Schnellpresse u. Siegel...“

Der Buchdrucker am A.B.33 „Die Zeitungen, Ausgaben der Zeitung in allen Druckarten auf Schnellpresse u. Siegel...“

Briefmarkenaustausch wünscht und sieht Erfindungen entgegen...

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will...

Volksfürsorge Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Verleicherungs-Aktiengesellschaft Hamburg 5.

Die Verbandsausstellung in Bremen vom 1. März bis 15. März 1919...

Gute Werkzeuge Alphabethefte Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker...

Nach kurzem, schwerem Kranken wurde uns am 2. Februar unter treuer Kollege und langjähriger Ortsvereinskassierer...

Fritz Sauer im Alter von 32 Jahren plötzlich entfallen. Wir betrauern in dem Dahingegangenen einen Kollegen...

Nach kurzem, schwerem Kranken wurde uns am 2. Februar unter treuer Kollege und langjähriger Ortsvereinskassierer...

Am 2. Februar verlor nach 46jähriger Verbandsmitgliedschaft unser lieber Kollege, der Geherinvalide...

Sugo Pabst im 64. Lebensjahre. Sein Andenken wird stets in Ehren halten...

Am 19. Januar verstarb nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege, der Maschinenleger...

Reinhold Kaffner aus Pniewitz, im Alter von 42 Jahren. Er war ein lieber Mensch...

Als Opfer des Krieges verstarb am 30. Januar in einem Krankenzustand unser lieber Kollege...

Emmanuel Rathmann aus Gesees i. Schl., 47 Jahre alt. Ein ehrendes Gedächtnis bewahrt ihm...

Am 30. Januar verstarb nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Maschinenmeister...

Walter Borowiak Seiner freundschaftlichen, kollegialen Gefinnung bewahren ein ehrendes Andenken...

Die Kollegen der Germania-N. O., Berlin.

Ortsverein Frankfurt a. d. D. Ortsverein „Typographia“.

Motivenshaft „Typograph“ hier 3. neuße Ausgabe. Unerkennlicher Wegweiser und Halbeher bei Herstellung von zeitgemäßen Druckdrucken...

Mehrere Geher der plattdeutschen Sprache mächtig, für Setzung und Mischung geeignet. „Schleswiger Tageblatt“, Schleswig.

Tüchtiger Typographsetzer mit längerer Praxis am Modell A für besseren Werksatz möglichst sofort gesucht.

Jüngerer, fleißiger Schriftsetzer 20 Jahre alt, in allen Sphären bewandert...

Lithotypsetzer pol. schriftst. begabt, guter Organisations- u. pol. Gehilfe...

Egal wohin! Jüngerer, fleißiger Geher für alle Sphären (am liebsten aber Maschinenfach)...

Jüngerer, tüchtiger Schriftsetzer 20 Jahre alt, in allen Sphären bewandert...

Lithotypsetzer pol. schriftst. begabt, guter Organisations- u. pol. Gehilfe...

Maschinenband Friedensqualität, liefern Begner & Wolf, Düsseldorf, Graf-Adolf-Strasse 112.